

**Antrag der Fraktion der CDU****Schmerzensgeldansprüche übernehmen**

Oftmals befinden sich Beamte, wie beispielsweise Polizeibeamte und Justizbeamte, bei der Ausübung ihres Dienstes in besonderen Gefahrensituationen. Durch andere verursachte körperliche Schäden sind leider keine Seltenheit und werden in erster Konsequenz strafrechtlich verfolgt. Gegenüber dem Schädiger werden oftmals auch Schmerzensgelder im Rahmen eines gesonderten zivilrechtlichen Verfahrens oder im Rahmen des Adhäsionsverfahrens geltend gemacht. Die Schmerzensgeldbeträge richten sich nach den Folgen des erlittenen Schadens und sind oftmals in nicht unerheblicher Höhe. In der Regel erhält der Geschädigte auch Unterstützung im Rahmen des Rechtsschutzes durch den Dienstherrn.

Vorwiegend bei mittellosen Schädigern ist eine Vollstreckung des Schmerzensgeldanspruchs erfolgs- und aussichtslos. Geschädigte Beamte erhalten in diesem Fall keine Schmerzensgeldzahlungen und haben erst die Chance ihre Forderungen zu vollstrecken, wenn der Täter selbst wieder über finanzielle Mittel verfügt.

Aufgrund der staatlichen Fürsorgepflicht sollte in solchen Fällen den betroffenen Beamten durch den Dienstherrn geholfen werden, sodass bei nicht erfolgreich vollstreckbaren Schmerzensgeldansprüchen eine Vorleistung durch den Dienstherrn nach den gleichen Grundsätzen erfolgt, welche für die Übernahme von materiellen Schadensersatzansprüchen gelten. Der Dienstherr hat in der Regel weitaus bessere Möglichkeiten, die auf ihn übergegangenen Ansprüche bei Schädigern geltend zu machen.

Nachdem nunmehr neben den Ländern Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein entsprechende Regelungen haben, hat der Hamburger Senat jüngst eine entsprechende Änderung des Beamtengesetzes beantragt. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen hat mit der Drucksache 18/1745 bereits in der letzten Legislaturperiode eine entsprechende Änderung des Beamtengesetzes beantragt, die mit den Stimmen der rot-grünen Regierung eher unter fadenscheinigen Argumenten abgelehnt wurde. Der Gesetzesvorschlag gilt für alle Beamten im Land Bremen, aber auch nur Beamte, nicht für Angestellte, Beliehene oder Beauftragte. In der Praxis wird er wahrscheinlich vor allem durch Polizeibeamte und Justizbeamte in Anspruch genommen werden, da diese im Rahmen ihrer Dienstausbung in besonderen Gefahrensituationen sind, in denen körperliche Angriffe entstehen können. Eine entsprechende Regelung für Angestellte bedarf es nicht, weil sich diese in der Regel gerade nicht in Ausübung ihres Dienstes in besondere Gefahrensituation begeben. Auch die Grenze von 250 € ist nicht willkürlich gewählt, sondern orientiert sich an der Regelung in Schleswig-Holstein und dem Entwurf, der in Nordrhein-Westfalen in das Parlament eingebracht wurde.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

## **Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes**

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes**

#### **§ 1**

Das Bremische Beamtengesetz (BremBG) vom 22. Dezember 2009 (Brem.GBl. 2010, S. 17), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes vom 26. April 2016 (Brem.GBl. S. 232), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
  - a) § 52 wird wie folgt neu gefasst:  
„Übergang von Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüchen“.
  - b) Nach § 83 wird ein § 83a mit folgendem Inhalt eingefügt:  
„§ 83a Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen“.
2. § 52 wird wie folgt geändert:
  - a) Die Überschrift wird wie folgt neu gefasst:  
„Übergang von Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüchen“.
  - b) In Satz 1 wird das Wort „Schadensersatzanspruch“ durch die Worte „Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüche“ ersetzt.
3. Nach § 83 wird § 83a mit folgendem Inhalt neu eingefügt:

#### **„§ 83a**

##### **Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen**

(1) Hat die Beamtin oder der Beamte wegen eines tätlichen rechtswidrigen Angriffs, den sie oder er in Ausübung des Dienstes oder außerhalb des Dienstes wegen der Eigenschaft als Beamtin oder Beamter erleidet, einen rechtskräftig festgestellten Anspruch auf Schmerzensgeld gegen einen Dritten, kann der Dienstherr auf Antrag die Erfüllung dieses Anspruchs bis zur Höhe des festgestellten Schmerzensgeldbetrags übernehmen, soweit dies zur Vermeidung einer unbilligen Härte notwendig ist. Der rechtskräftigen Feststellung steht ein Vergleich nach § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO gleich, sobald er unwiderruflich und der Höhe nach angemessen ist.

(2) Eine unbillige Härte liegt insbesondere vor, wenn die Vollstreckung über einen Betrag von mindestens 250 Euro erfolglos geblieben ist. Der Dienstherr kann die Erfüllungsübernahme verweigern, wenn auf Grund desselben Sachverhalts eine einmalige Zahlung als Unfallausgleich gemäß § 39 BremBeamtVG, als Unfallentschädigung gemäß § 48 BremBeamtVG oder als Schadensausgleich in besonderen Fällen gemäß § 49 Absatz 1 Satz 2 BremBeamtVG gewährt wird.

(3) Die Übernahme der Erfüllung ist innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Jahren nach Rechtskraft des Urteils schriftlich unter Nachweis der Vollstreckungsversuche zu beantragen.

(4) Die Senatorin für Finanzen wird ermächtigt, das Verfahren sowie die Erfüllungsübernahme und die Gewährung von Rechtsschutz in weiteren Fällen durch Rechtsverordnung zu regeln.“

#### **§ 2**

##### **Inkrafttreten**

Das Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Wilhelm Hinners, Christine Schnittker, Dr. Thomas vom Bruch,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU